

Positionspapier

RESTART für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit

*Wirtschaftspolitische Impulse für Wagemut, Wachstum und Wohlstand im
Kontext der transatlantischen Partnerschaft*

Ein Diskussionsbeitrag der American Chamber of Commerce in Germany e.V.
Juli 2024

Präambel

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen aber auch Privatpersonen, die in Deutschland, Europa oder den USA ansässig und im transatlantischen Wirtschaftsraum aktiv sind und die transatlantischen Beziehungen fördern.

AmCham Germany fördert die globalen Handelsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der deutsch-amerikanischen Partnerschaft fußen. Diese Partnerschaft beruht auf historisch gewachsenen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen und gemeinsamen Interessen unserer beiden Länder.

Darüber hinaus setzt sich AmCham Germany für einen transparenten Dialog ein und bekennt sich zu den transatlantischen Werten. Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie freier Handel und Wettbewerb sind dafür von zentraler Bedeutung.

Transatlantisch tätige Unternehmen beschäftigen in beiden Wirtschaftsräumen rund 1,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Gründe für einen RESTART für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit

Deutschland befindet sich seit Jahren im größten Umbruch seiner Industriegeschichte und ist trotz der damit verbundenen disruptiven Prozesse nach wie vor die größte Volkswirtschaft Europas. Im *Transatlantic Business Barometer 2024 (TBB 2024)*, einer jährlichen Befragung unter Mitgliedern von AmCham Germany in Kooperation mit der internationalen Unternehmensberatung Roland Berger, haben die beteiligten US-Unternehmen in Deutschland einige Standortfaktoren als „Sehr gut oder gut“ hervorgehoben: die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (84%), die Qualität von Forschung und Entwicklung (75%) und das Potential als Absatzmarkt (53%).

Doch die Bewertung des Standorts Deutschlands ist ambivalent und hat insgesamt gelitten. Nur für knapp ein Drittel der am *TBB 2024* beteiligten US-Unternehmen, die einen Umsatz von rund 36 Mrd. Euro in Deutschland erwirtschaften, sind die Bedingungen hierzulande „Sehr gut oder gut“. Von allen beteiligten Unternehmen werden vor allem einige Standortfaktoren als „Weniger gut oder schlecht“ eingeschätzt: die Energiekosten (84%), die Wirtschafts- und Industriepolitik sowie die Qualität der digitalen Infrastruktur (jeweils 61%) und die Planbarkeit von Investitionen (53%).

Diese Probleme wurden nicht nur von geopolitischen Faktoren beeinflusst, sondern sind vor allem hausgemacht. Sie gefährden Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich, zementieren schwaches Wirtschaftswachstum und bergen langfristige Risiken für unser Land, wie einen spürbaren Wohlstandsverlust in der gesellschaftlichen Breite und einen langfristigen Vertrauensverlust in soziale Marktwirtschaft wie demokratische Strukturen. Ohne Wertschöpfung und Wachstum können Wohlstand wie soziale Sicherheit in Deutschland nicht gehalten und schon gar nicht vergrößert werden. Dieser volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Beitrag der Unternehmen braucht mehr politische Anerkennung.

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit braucht daher einen RESTART – forciert durch die politische Katalyse infolge der Wahlen in Europa und den USA. Die Europawahl 2024 hat zwar im neuen EU-Parlament zu relativ stabilen Verhältnissen, aber in einigen EU-Mitgliedsstaaten zu großen Unwägbarkeiten geführt. Deren Auswirkungen auf die transatlantische Partnerschaft sind ähnlich schwer einzuschätzen wie die der kurzfristigen Parlamentswahlen in Frankreich und Großbritannien, der US-Wahlen und drei Landtagswahlen im Osten Deutschlands im Herbst sowie der Bundestagswahl spätestens im September 2025.

Neben der Europäischen Union ist die transatlantische Partnerschaft die tragende Säule für Deutschlands Freiheit, Wohlstand und Zukunft. Das galt in den vergangenen Jahrzehnten. Das gilt noch mehr in den aktuellen und zukünftigen geopolitischen Umbrüchen. Die EU wie die transatlantische Partnerschaft sind umso stärker, je größer die gegenseitige Integration der Partner und gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland ist.

Nachfolgend benennt AmCham Germany aus transatlantischer Sicht wirtschaftspolitische Erfordernisse und Branchenbeispiele in wichtigen volkswirtschaftlichen Themenfeldern für den RESTART von Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit:

R – REFORMS

Viele Herausforderungen der deutschen Wirtschaft hängen mit internen Versäumnissen zusammen, die seit langem diskutiert werden, aber weder rechtzeitig noch grundsätzlich genug angegangen worden sind. Von diesen Versäumnissen gehen inzwischen die größten Risiken für die internationale Wettbewerbsfähigkeit aus. Anders formuliert: In der schnellstmöglichen Bewältigung der Versäumnisse liegen die größten Chancen für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Zu diesen Versäumnissen zählen z.B. die zu langsame Ausbesserung bzw. stockender Ausbau von Infrastrukturnetzen, die seit Jahren nachlassende Bildungsqualität vom Kindergarten bis zu den verschiedenen Schulabschlüssen, unzureichende Maßnahmen zur Fachkräftesicherung. Gerade eine noch zukunftsweisendere Ausbildung in den Schulen ist nötig, um für die Entwicklung der Anforderungen an Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt gewappnet zu sein. Eines der größten Versäumnisse ist der mangelhafte Bürokratieabbau in Deutschland und der EU. Die Diskussionen zum Entwurf des Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes und die Verzögerungen beim Netzausbau-Beschleunigungsgesetz verdeutlichen beispielhaft den fehlenden Mut in Deutschland für große, befreiende Schritte. Ergo, nicht einmal jedes vierte US-Unternehmen, das am *TBB 2024* teilgenommen hat, findet die Rahmenbedingungen für Unternehmertum hier „Sehr gut oder gut“.

Substanzrelevante öffentliche Investitionen zur Bewältigung interner Versäumnisse stehen außer Frage. Doch weil die staatliche Finanzierung vieler Wunschzettel in beliebiger Höhe nicht möglich ist, müssen in den betroffenen gesellschaftlichen Bereichen vor allem Strukturen und Prozesse schnell und zielführend reformiert werden. Die Verzögerungen, die zu den Versäumnissen geführt haben, hängen oft mit der Art und Dauer der Abwägung staatlicher Prioritäten zusammen. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wird stark davon abhängen, wann und wie das Land zu zielführenden strukturellen Reformen in der Lage ist. Die Unternehmen werden die Politik und Verwaltung dabei unterstützen und ihren existenziellen Beitrag für Investitionen und Arbeitsplätze leisten.

E – ENERGY

Deutschlands Energieversorgung steht im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Versorgungssicherheit und muss stärker als bisher abgesichert werden, um Innovations- und Investitionsanreize zu setzen und Wachstum zu generieren. Nicht nur um die Ziele der Netto-Treibhausgasneutralität 2045 zu erreichen, sondern auch um die generelle Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen, sind neben wettbewerbsfähigen Energiepreisen Maßnahmen für den großflächigen Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur erforderlich. Dazu gehören der Bau zusätzlicher Übertragungsleitungen, die Digitalisierung und Verstärkung der Verteilnetze, der Ausbau von Erneuerbaren-Erzeugungs-Anlagen, insbesondere Windenergie und Photovoltaik, sowie der Neuaufbau der für Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung erforderlichen wasserstofffähigen Gaskraftwerke im Rahmen der Kraftwerkstrategie.

Die Diversifizierung der Bezugsquellen von Erdgas muss flankierend vorangetrieben werden. Dies schließt die Erschließung alternativer, kohlenstoffbasierter Rohstoffe über die Einführung des chemischen Recyclings, die Nutzung smarterer CCU/S-Infrastrukturen und Kreislaufwirtschaft ein. Diese umfassenden Maßnahmen werden zwangsläufig die Energiepreise verteuern. Die Transformation kann nur gelingen, wenn deren Entwicklung dauerhaft beobachtet und berücksichtigt wird sowie alle Potentiale kurz-, mittel- und langfristiger Kostensenkungen ausgeschöpft werden.

S – STANDARDS

Deutschland muss mehr Innovationen in kürzerer Zeit entwickeln und einführen, auch um im internationalen Wettbewerb um Standards und Normen seine Gestaltungskraft zu erhalten. Es geht dabei nicht um nationale Dominanz, sondern um größtmögliche internationale Abstimmung. Gleichzeitig wird in der globalen systemischen Auseinandersetzung die strategische Bedeutung von Standards und Normen immer deutlicher. Das betrifft gleichermaßen Forschung und Entwicklung, den Welthandel, die für Wachstum und Wohlstand relevanten Industriebranchen, wie zum Beispiel die industrielle Gesundheitswirtschaft. Sie ist mit einer Bruttowertschöpfung von fast 440 Milliarden Euro ein wichtiger Stabilitätsanker für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dennoch zeigen die Entwicklungen der letzten Jahre, dass Deutschlands Attraktivität im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie beim Zugang neuer medizinischer Innovationen im internationalen Vergleich zurückgegangen ist.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, sind verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen, z.B. schnellere Zugangswege und planbare Erstattungsstrukturen, verbunden mit dem internationalen Eintreten für einen starken Patent- und Unterlagenschutz notwendig. Nicht nur mit Blick auf den *European Health Data Space* und die Nutzung von Gesundheitsdaten ist die Schaffung von Interoperabilität im Gesundheitswesen von besonderer Bedeutung. Zum Wohle der Patientinnen und Patienten ist es wichtig zu gewährleisten, dass international anerkannte Standards Vorrang vor nationalen Sonderlösungen haben.

T – TAXATION

Investitionen und Innovationen sind Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum und Steuereinnahmen durch Wertschöpfung sowie hochqualifizierte Arbeitsplätze. Auch darin zeigt sich internationale Wettbewerbsfähigkeit. Für dieses Ziel muss in Deutschland das übergreifende Dickicht steuerlicher Melde- und Dokumentationspflichten endlich gelichtet werden; es ist nicht mehr zu bewältigen. Einen erheblichen Teil dieser Bürokratie beschließen die EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat, und dies oft in Fragen, in denen eine zentrale Regelung durch die EU rechtlich zweifelhaft ist.

Darüber hinaus werden die völkerrechtlichen Regelungen zur Vermeidung internationaler Doppelbesteuerung zunehmend durch einen allgemeinen Missbrauchsverdacht und zahlreiche *Treaty Overrides* ausgehöhlt, verbunden mit noch mehr Bürokratie. Die berechtigte Missbrauchsvermeidung darf nicht zu Generalverdacht und Dokumentationswucher führen. Wenn Freistellungsanträge gemäß Doppelbesteuerungsabkommen jahrelang bearbeitet werden, schadet das dem Standort Deutschland. Auf extraterritoriale Besteuerungsmaßnahmen muss vollständig verzichtet werden. Sich überlagernde Abzugsverbote, die zur Doppelbesteuerung führen, verschärfen den Trend. Die Regel, dass für eine neue Regulierung eine bestehende gestrichen werden muss, wird im Steuerrecht ignoriert. Allein die höchstkomplexen Regelungen zur globalen Mindestbesteuerung, die außerhalb der EU bislang nur vereinzelt umgesetzt wurden, werden lange enorme Ressourcen beanspruchen. Diese fehlen dann an anderer Stelle. Niemand kann die Folgen im Moment absehen. Investitionen sollten stattdessen durch branchen- und produktunabhängige Vereinfachungen sowie agile Förderung unterstützt werden. Das gilt insbesondere für beschleunigte Abschreibungsregelungen und die weitestgehende Steuerneutralität von Konzernrestrukturierungen. Dies trägt dazu bei, Wertschöpfung, zukunftsorientierte Innovationen und somit Steuersubstrat nachhaltig in Deutschland und in der EU zu sichern.

A – ALLIANCES

Allianzen auf der Grundlage gemeinsamer Werte von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft stärken Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. Auf diese Weise verbundene Staaten sind besonders gut in der Lage, die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Das belegen seit Jahrzehnten und insbesondere in den letzten Jahren die transatlantischen Partner.

Im Zuge des intensiveren globalen Systemwettstreits wird für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit immer wichtiger, über die transatlantische Partnerschaft hinaus mit Demokratien weltweit die Zusammenarbeit auszubauen und zu festigen. Gemeinsame Interessen tragen auch zur Bewältigung globaler Herausforderungen bei und sind dabei immer Teil der ureigenen nationalen Interessen.

Die Bedeutung globaler Allianzen dieser Art und ihrer gemeinsamen Lösungsansätze zeigt sich gerade auch auf zentralen Feldern der Digitalpolitik, wie beim transatlantischen Datentransfer oder bei der Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung wie zum Einsatz generativer Künstlicher Intelligenz. Die Fähigkeit hier zu weltweitem Konsens zu kommen, z.B. im Rahmen der G7-Staaten, des Trade and Technology Council der USA und der EU, der OECD oder der UNESCO muss sicherstellen, dass die Vorteile und Chancen der neuen Technologien breit geteilt und im Sinne der gemeinsamen Interessen genutzt werden. Die Herausforderungen der neuen Technologien können so effektiver angenommen werden. Angesichts der enormen Innovationspotentiale durch Künstliche Intelligenz und dem global vernetzten Einsatz in Volkswirtschaften wie Unternehmen ist die weltweite Regulierung dieser Technologie zwingend und zu respektieren.

R – RESILIENCE

In disruptiven Zeiten müssen Volkswirtschaft und Unternehmen in Deutschland ihre Widerstandskräfte stärken, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Umbrüchen zu erhalten. Für angemessene, schnelle und flexible Reaktionen in solchen Situationen benötigen sie ausreichend freie Ressourcen. Strategische Wirtschaftspolitik muss Bildung und Sicherung dieser Ressourcen ermöglichen.

Die innere Widerstandskraft wird gefasst durch einen Rahmen der äußeren Widerstandskraft zur Verteidigung von Freiheit, Frieden und Demokratie, aber auch des freien internationalen Warenverkehrs und komplexer Lieferketten. Durch Krieg und Terror in vielen Teilen der Welt, insbesondere durch den Angriffskrieg Russlands auf die Friedensordnung Europas und die Ukraine ist die weitere Stärkung der militärischen Widerstandskraft wie Wehrhaftigkeit Deutschlands im NATO-Verbund politisch und wirtschaftlich notwendig.

Der 2022 verkündete sicherheitspolitische Transformationsprozess in Deutschland muss konsequent umgesetzt und die militärischen Bündniszusagen bei den Verteidigungsausgaben müssen eingehalten werden. Das stärkt nicht nur die NATO, sondern dämpft auch vorhandene Partikularinteressen, die die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Partner beeinflussen können.

Damit die Unternehmen der transatlantischen Verteidigungsindustrie die Regierungen des NATO-Bündnisses mit den notwendigen militärischen Kapazitäten versorgen können, müssen Tempo, Planbarkeit und Abstimmung der staatlichen Entscheidungen auf nationaler wie internationaler Ebene deutlich zunehmen.

Jahrzehnte für Verhandlungen von rechtssicheren Handelsabkommen auf WTO-Grundlage sind zu lang. Kompromisse auf Basis gemeinsamer Interessen sind nicht einfach. Aber sie sind für alle Beteiligten stets besser als der Stillstand und oft verbunden mit direkten wie indirekten Effekten bei globalen Herausforderungen der Entwicklung, des Wachstums und Klimaschutzes. Zudem: Handelsabkommen, die man selbst nicht abschließt, schließen andere ab.

Daher ist zentrale Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands als Exportnation ein offenes und regelbasiertes multilaterales Handelssystem. Die weltweit anhaltende, teilweise sogar verstärkte Abkehr von handelserleichternden Maßnahmen wirkt Wachstum, Wohlstand und ihren sicherheitsrelevanten Effekten entgegen. Handelspolitische Maßnahmen, die vorrangig sicherheits- und klimapolitische Ziele verfolgen, sollten sorgfältig abgewogen werden, damit sie sich nicht wirtschaftspolitisch kontraproduktiv sowie wachstumshemmend auswirken und die Priorität gemeinsamer Interessen von Staaten beeinträchtigen.

Die EU und die USA sind natürliche Partner, um die Herausforderungen der Geopolitik und der notwendigen Transformation der Wirtschaft anzugehen. Offenheit und stärkere Vernetzung der beiden Märkte ist Basis für die transatlantische Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür müssen die Partner langjährige Handelskonflikte final beilegen und strategische Partnerschaften, etwa bei Rohstoffen und Technologiestandards eingehen, um verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Exporte auf beiden Seiten des Atlantiks zu schaffen. In den Fokus der Arbeit des EU-US Trade and Technology Council muss konkreter als bisher der Abbau von transatlantischen Handelshemmnissen genommen werden.

Um EU-Freihandelsabkommen schneller verhandeln und anwenden zu können, ist die Initiative Frankreichs und der Bundesregierung, vermehrt sektorale Abkommen aushandeln zu wollen, zu begrüßen.

AmCham Germany Policy Committees

Aerospace & Defence

Digital Policy

Energy & Climate

Healthcare & Life Sciences

Tax

Trade & Strategic Competitiveness

AmCham Germany General Manager

Daniel Andrich

Staff Contact

Maik Luckow

Head of Department, Department Communications & Government Relations

T +49 30 2130056-34

M +49 151 14657921

E mluckow@amcham.de

Über die American Chamber of Commerce in Germany e.V. (AmCham Germany)

Vor 121 Jahren gegründet ist AmCham Germany die älteste und größte Wirtschaftsvereinigung Deutschlands und vertritt die Interessen US-amerikanischer, deutscher sowie multinationaler Mitgliedsunternehmen aller Wirtschaftszweige und Größen. Als Sprachrohr der transatlantischen Wirtschaft setzt sich AmCham Germany für einen freien und regelbasierten Handel sowie wettbewerbsfähiges und innovationsfreundliches Wirtschaftsklima ein.

AmCham Germany online

www.amcham.de | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) |